

Argumentarium

Volksinitiative „Rettet unser Schweizer Gold“.

Zur Wahrung der Unabhängigkeit gegen Aussen

I. Vorbemerkungen:

Bereits hat die Schweizer Nationalbank mehr als die Hälfte unserer Goldreserven verkauft. Ein Teil davon lagert im Ausland. Und mehr und mehr zeigt sich, dass das Verhalten unserer Nationalbank von aussen bestimmt wird. Der internationale Währungsfonds hat verboten, Währungen ans Gold zu binden. Das hat den Zentralbanken ermöglicht, in noch nie da gewesenem Umfang Geld zu drucken. Die Schweiz wird gezwungen, diese Politik nachzuvollziehen. So wie die Europäische Zentralbank – nach den Worten ihres Präsidenten Mario Draghi – bereit ist, „unlimitiert“ Euro zu drucken, ist die Schweizer Nationalbank – nach den Worten ihres Präsidenten Thomas Jordan – Hand in Hand mit der Euro-Entwicklung bereit, „unlimitiert“ Schweizer Franken zu drucken.

Berühmt ist der weit mehr als 100 Jahre alte Satz. *„Lass mich die Geldmenge bestimmen und es interessiert mich nicht mehr, was die Gesetze sagen“* (wird verschiedenen Autoren zugeschrieben). Es stimmt natürlich: Wer beliebig Geld vermehren kann, braucht sich kaum mehr um die Steuergesetze zu kümmern. Wer entscheiden kann, wieviel Geld produziert wird und via welche Kanäle es fließt, kann vom Sozialversicherungsgesetz über den Finanzausgleich bis hin zu allen Subventionsgesetzen alles überspielen resp. unterlaufen. Der Nachteil ist „nur“: Nach allen ökonomischen Theorien bringt die Geldmengenausweitung langfristig gewaltige Probleme, von der Verarmung des Mittelstands bis zur Zerstörung der Altersvorsorge. Auch die Schweiz wird den Wohlstand nicht halten können, wenn sich unsere Nationalbank durch aussen diktieren lässt, die ausländische Zentralbankenpolitik nachvollzieht respektive dieselben Fehler macht.

Die Geschichte hat immer und immer wieder bewiesen: Niemand kann wissen, was Papiergeld in Zukunft noch Wert sein wird. Nur Gold kann das Fundament eines stabilen Frankens sein. Nur wenn die gesamte Welt erkennen kann, dass hinter dem Schweizer Franken Gold steht, das nicht verscherbelt wird, kann unsere Währung und letztlich die Schweiz als Ganzes selbständig bleiben.

Besonders wichtig: Die Frage, ob man das Gold der Nationalbank verkaufen solle oder nicht, hat nichts mit dem Goldpreis zu tun. Gold ist für die Nationalbank kein Spekulationsobjekt. Es dient in erster Linie dazu, dem Schweizer Franken eine glaubwürdige Abdeckung zu sichern. Und wenn alle Brücken brechen, kann es in einer schlimmsten Krise als eiserne Reserve dienen.

II. Wortlaut der Volksinitiative:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 99a (neu) Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank

¹ Die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind unverkäuflich.

² Die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank sind in der Schweiz zu lagern.

³ Die Schweizerische Nationalbank hat ihre Aktiven zu einem wesentlichen Teil in Gold zu halten. Der Goldanteil darf zwanzig Prozent nicht unterschreiten.

Art. 197 Ziff. 9 (neu) Übergangsbestimmung zu Art. 99a (Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank):

¹ Für die Erfüllung von Absatz 2 gilt eine Übergangszeit von zwei Jahren nach Annahme von Art. 99a durch Volk und Stände.

² Für die Erfüllung von Absatz 3 gilt eine Übergangszeit von fünf Jahren nach Annahme von Art. 99a durch Volk und Stände.

III. Die „Goldinitiative“: Eingebettet in den Kampf für die Unabhängigkeit

Seit mehr als 20 Jahren gilt in der EU das Dreifach-Motto: „Überall freie Zuwanderung (1), überall dieselbe Währung (2), überall dasselbe Recht (3); so zwingen wir Europa unter ein Dach“. Schlimm genug, dass sich die EU mit diesem Motto in immer grössere Schwierigkeiten wirtschaftet! Gleichzeitig gerät die Schweiz an genau diesen drei Fronten immer mehr unter Druck: Wir werden erstens von der unkontrollierbaren Einwanderung überrollt (1). Die Nationalbank wird zweitens gezwungen, die unverantwortliche Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) nachzuvollziehen und den Franken an den Euro zu binden; d.h., unsere Geldpolitik wird international diktiert (2). Drittens wird von der Schweiz eine automatische Übernahme von EU-Recht resp. „internationalem Völkerrecht“ gefordert (3).

Die erste Volksabstimmung gegen die unlimitierte Einwanderung war am 9.2.2014 ein knapper Erfolg (1). Nun folgt mit der Goldinitiative ein viel schwieriger zweiter Schritt: Die Unabhängigkeit der Nationalbank ist zu wahren respektive zurückzugewinnen (2). Folgen wird die dritte Volksabstimmung zum geplanten Rahmenabkommen mit der EU. Dabei muss verhindert werden, dass wir als unabhängiges Land gezwungen werden, ausländisches Recht zu übernehmen, was das Ende unserer direkten Demokratie bedeuten würde (3).

Die vorliegende Initiative hat sehr viel zu tun mit Punkt (2). Ausreichende Goldreserven sind die Voraussetzung dazu, dass ein Land mit eigener Währung glaubwürdig und unabhängig bleiben kann.

III. Nachvollzug der negativen Entwicklung in der EU

Die Unabhängigkeit der Schweiz wird also zur Zeit von mehreren Seiten bedroht (von automatischer Übernahme von fremdem Recht bis zum Verlust der Eigenständigkeit der Einwanderungspolitik). Die vielleicht gefährlichste Abhängigkeit droht via Nationalbank, denn dieser Angriff auf die Unabhängigkeit ist am schlechtesten sichtbar, hat aber dramatische Auswirkungen (man denke an die berühmte „Rothschild-Aussage“ aus dem 19. Jahrhundert: *„Lass mich die Geldmenge bestimmen und es interessiert mich nicht mehr, was die Gesetze sagen“*). Seit Beginn der „Finanzkrise“ geschieht ökonomisch Einmaliges: Die für uns relevanten Nationalbanken – die amerikanische „Federal Reserve“ und die „Europäische Zentralbank“ – haben in noch nie da gewesener Art und Weise begonnen, ihre Währungen durch „unlimitiertes Geld drucken“ nach unten zu wirtschaften. Besonders dramatisch zeigen sich die Auswirkungen in der EU. Trotz einer hervorragenden Ausgangslage – Jahrzehnte des Friedens und Wegfall der Berliner Mauer – verarmen die Südländer wegen der Währungspolitik; und selbst die „reichen“ Länder (wie Deutschland und Frankreich) stecken in riesigen Schwierigkeiten, aus denen sie nicht mehr herauskommen werden, solange die Währungen nicht auf eine gesunde Basis gestellt werden.

Tatsache ist, dass die Schweizer Nationalbank die Politik der Europäischen Zentralbank einfach mitvollzieht. Ob sie das in Absprache mit den verantwortlichen US- und EU-Verantwortlichen macht oder ob sie dazu gezwungen wird, bleibe im Moment dahingestellt (siehe dazu unten Ziff. III. Punkt 3). Aber so wie die Europäische Zentralbank – nach den Worten ihres Präsidenten Mario Draghi – bereit ist, „unlimitiert“ Euro zu drucken, ist die Schweizer Nationalbank – nach den Worten ihres Präsidenten Thomas Jordan – Hand in Hand mit der Euro-Entwicklung bereit, „unlimitiert“ Schweizer Franken zu drucken. Mit einer automatischen Anpassung an die verheerende Politik der US- und EU-Verantwortlichen geht die Unabhängigkeit der Nationalbank, die Unabhängigkeit des Schweizer Frankens und letztlich die Unabhängigkeit der Schweiz als Ganzes verloren.

Paradox ist, dass unsere Nationalbank die Initiative bekämpfen wird, denn sie wird niemals zugeben können, dass sie ihre Politik mit dem Ausland abstimmt oder gar mit ihr abkartet. Ganz allgemein werden die Gegner der Initiative argumentieren, die Unabhängigkeit der Nationalbank sei bedroht, wenn ihr der Besitz von Gold vorgeschrieben wird. Das Gegenteil ist der Fall: Wenn die Nationalbank Gold behält oder sogar dazu kauft, setzt sie – mit dem Goldfundament – einen entscheidenden Grundstein, um die Unabhängigkeit nach Aussen zu bewahren und ausländischem Druck standhalten zu können.

Dass die ersten aufgrund von massivem Druck aus den USA erfolgten, ist klipp und klar belegt. Heute kommt der Druck auf unsere Nationalbank vor allem auch aus Kreisen der EU respektive der Europäischen Zentralbank. Was die Zukunft des Euro ist, weiss kein Mensch. Unserer Nationalbank droht Gefahr von den über vierhundert Milliarden Fremdwährungen in ihrer Bilanz. Minderung dieser Fremdwährungsbestände und massvolle Erhöhung der Goldbestände wäre für unser Land vorteilhaft; wobei Goldkäufe nicht einmal notwendig wäre, denn bei schrittweisem Abbau der Fremdwährungsbestände würde der Prozentsatz von 20% automatisch erreicht.

IV. Die drei konkreten Forderungen

Forderung Nr. 1: Verbot für die Nationalbank, das Gold zu verkaufen

Bis vor etwas mehr als zehn Jahren besass die Schweiz pro Kopf der Bevölkerung weltweit die grössten Goldreserven. Davon hat sie schon mehr als die Hälfte verkauft!

(1) Verkauft entgegen allen Zusicherungen!

Wiederholt wurde betont, ein Verkauf dieses Volksvermögens komme nicht in Frage. **So erklärte z.B. am 19. Juni 1995 Jean Zwahlen als damaliges Direktoriumsmitglied der Nationalbank: „Um es ganz offen zu sagen: Die Schweizerische Nationalbank beabsichtigt in keinster Weise, ihre Goldreserven zu verkaufen. (...) Für tausende von Jahren stand Gold für Wohlstand und Status, für Vertrauen und Verlässlichkeit. Die Loyalität der Nationalbank gegenüber Gold stärkt ohne Zweifel ihren Ruf und ihre Glaubwürdigkeit.“**

Nur fünf Jahre später war alles anders (!): Vorerst verkaufte die Schweizer Nationalbank 1'300 Tonnen Gold – während fast 5 Jahren Tag für Tag eine Tonne. Kaum war diese Aktion beendet, folgte der Verkauf von weiteren 250 Tonnen, wieder entgegen vorgängigen Zusicherungen. Mehr als die Hälfte unseres Goldbestands – vom Bundesrat soeben noch als unser „Tafelsilber“ bezeichnet – war in kürzester Zeit weg – ein schwerer Fehler! Um sicherzustellen, dass es sich bei den jetzigen Beteuerungen, es seien sowieso keine weiteren Goldverkäufe mehr geplant, nicht nur um leere Worte handelt, soll die Initiative direkt in der Bundesverfassung verankert werden, dass die Nationalbank ihre Goldreserven nicht mehr verkaufen darf.

(2) Fundamental getäuscht oder unter dem Diktat des Auslands?

Zum grundsätzlichen Fehler, Gold zu verkaufen kommt hinzu, dass die Nationalbank das Gold im schlechtmöglichsten Moment zu absoluten Tiefstpreisen verkauft hat. Damit hat sie Dutzende von Milliarden Franken in den Sand gesetzt.

Am 20. Mai 1999 hatte der ehemalige amerikanische Notenbankpräsident Alan Greenspan vor dem amerikanischen „Housebanking Committee“ erklärt: *„Es ist ziemlich offensichtlich, dass Zentralbanken sich darüber im Klaren sind, dass – wenn sie Goldverkäufe ankündigen – der Preis sinkt und niedrigere Notierungen ihnen tiefere Erlöse bringen. Kein Händler mit nur ein bisschen Selbstrespekt würde je eine solche Dummheit begehen“.* Genau das aber hat die Schweizer Nationalbank getan! Sie hat im Voraus angekündigt, sie werde die Hälfte ihres Goldes verkaufen! Hätten wir die verkauften 1'550 Tonnen heute noch, hätte die Nationalbank – gemäss heutigem Marktpreis – Dutzende von Milliarden Franken an zusätzlichen Reserven.

Schon nur der Zeitpunkt des Verkaufs zeigt, dass sich – Variante 1 – auch die Verantwortlichen der Nationalbank fundamental täuschen können. Nicht nur Prognosen der Politikerinnen und Politiker können kapital falsch sein, sondern auch Entschei-

dungen der Nationalbank-Verantwortlichen. Das muss man sich vor Augen halten, wenn nun die Nationalbank im Abstimmungskampf für ein Nein eintreten sollte!

Oder aber, die Nationalbank hat – Variante 2 – die Verkaufsaktionen in Absprache oder sogar auf Druck des Auslands getätigt. Das wäre noch schlimmer als ein Irrtum! Kurz nach dem erwähnten Zitat 1995, die Nationalbank denke „in keinsten Weise“ daran, Gold zu verkaufen, geriet die Schweiz unter Druck seitens der USA – wegen angeblichen Verfehlungen der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs. In kopfloser Art und Weise erklärte der damalige Bundesrat am 5. März 1998 vor dem Parlament, der Bundesrat beabsichtige, 7 Milliarden Franken Gold an angeblich überschüssig gewordenem Gold zu verkaufen für eine „Solidaritätsstiftung“ (unter anderem für Holocaustopfer). Ein Jahr später unterschrieb die Schweiz eine internationale Vereinbarung, in welcher sie sich verpflichtete, Gold zu verkaufen (nota bene vor Änderung der Bundesverfassung und vor den Gesetzesänderungen, die heute als Rechtfertigung für die erfolgten Goldverkäufe ins Feld geführt werden). Nochmals ein Jahr später erfolgten die Verkaufsaktionen.

(3) Der fatale Fehler der Amerikaner

Früher waren Währungen an Gold gebunden. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde das System von Bretton Woods eingerichtet, welches in den folgenden Jahrzehnten weltweit absolut zentral war: Alle wichtigsten Währungen waren zu einem bestimmten Kurs an den US-Dollar gebunden; gleichzeitig war die US-Notenbank verpflichtet, Dollar in Gold umzutauschen. Es bestand also immer noch eine indirekte Goldbindung.

Gegen Ende der 1960er-Jahre kam dieses System ins Wanken, als die Amerikaner – u.a. aufgrund des Vietnam-Kriegs – begannen, immer mehr Dollars zu drucken. Schlussendlich waren sie nicht mehr bereit oder in der Lage, ihrer Goldeinlöspflicht nachzukommen. Als 1971 ausländische Zentralbanken bei den Amerikanern immer mehr Gold gegen Dollars eintauschen wollten (zum festgelegten Preis von 35 US-\$ pro Unze Gold), zog Präsident Richard Nixon am 15. August 1971 die Notbremse: Er verbot dem US-Schatzamt den Tausch von Gold gegen Dollars; ein Akt, der gegen zentrale internationale Vereinbarungen verstieß – ein willkürliches Handeln wie in einer Bananenrepublik.

(4) Gewaltige Auswirkungen: Ohne Limite Papiergeld drucken!

Dieser Entscheid von Präsident Nixon 1971 veränderte die Finanzwelt in ihren Grundfesten, was noch heute von vielen Ökonomen viel zu wenig zur Kenntnis genommen wird. Der Entscheid bedeutete faktisch den Todesstoss für das System von Bretton Woods (mit welchem die beiden Institutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) geschaffen worden waren). 1973 krachte das System der „festen“ Wechselkurse zusammen. Im Oktober 1973 kam es zur ersten massiven Rezession der Nachkriegszeit. Es folgte das Zeitalter der „flexiblen“ Wechselkurse, bei welchen alle Währungen frei gegeneinander schwanken.

Die Folgen sind dramatisch: Früher mussten Regierungen und die Geschäftswelt damit leben, dass übermässige Geldschöpfung (via Handelsbilanzdefizite) mit dem Abfluss von Gold bestraft wurde. Heute kann Kredit – das heisst Geld – ohne Hinterlegung von Gold beliebig durch Zentralbanken aus dem Nichts geschaffen werden: Dazu muss nicht einmal mehr Papiergeld gedruckt werden, ein Computer-Knopfdruck genügt, um Buchgeld entstehen zu lassen. Und genau das begannen die Mächtigen dieser Welt hemmungslos in noch nie dagewesenem Masse zu tun, unter Miteinbezug des Internationalen Währungsfonds, der in seinen Statuten sogar verboten hat, Währungen ans Gold zu binden (Agreement IWF, Art. IV, Section 2b (i)). Der Grundgedanke ist klar: Weg mit dem Gold, weg mit der Goldbindung – damit auf allerhöchster Ebene unlimitiert Geld geschaffen werden kann!

(5) Es gibt keinen Grund, Gold zu verkaufen!

Es gab und gibt überhaupt keinen Grund, Nationalbankgold zu verkaufen. Wer solches fordert, hat die Aufgabe der Goldreserven nicht begriffen. Gold ist keine Ware, mit welcher eine Nationalbank spekulieren muss, um „Gewinne“ zu machen. Dazu hat sie andere Möglichkeiten (abgesehen davon, dass man sich fragen kann, weshalb Gewinn erwirtschaftet werden muss, wenn sie – wie erwähnt – seit der Zerstörung des bewährten Bretton-Woods-Systems per Knopfdruck beliebig viel Geld aus dem Ärmel schütteln kann).

Wie unsinnig es ist, mit dem Goldpreis zu spekulieren, zeigt schon nur die folgende Feststellung: Wenn der Goldpreis steigt, so wird in der Schweiz argumentiert, die Nationalbank habe nun „Buchgewinne“ gemacht (auch wenn kein Kilogramm Gold verkauft wurde), dann wird der Ruf laut, die Gewinne müssten nun den Kantonen verteilt werden. Wenn der Goldpreis sinkt, geht der Katzenjammer los, nun stünde kein Geld mehr für die Kantone zur Verfügung. Das ist schon nach gesundem Menschenverstand unsinnig. Gold sollte als Reserve sicher gelagert, aber vom Verteiltwerden an die Kantone ausgeschlossen sein.

Gold ist kein Spekulationsobjekt, um Gewinne zu machen. Vielmehr dient Gold wie erwähnt als wertsicheres Fundament des Schweizer Frankens und notfalls als Notgroschen, falls Währungen im schlimmsten Fall zusammenbrechen. Dazu schreibt Bruno Bandulet, der in Deutschland als eine Art „Gold-Papst“ gilt: *„Es gibt Leute die sagen, dass unser Finanzsystem zusammenbricht. Das mag man glauben oder nicht – aber wenn es passiert, muss man neu anfangen und dafür braucht man das Gold“*.

Fazit Punkt 1:

Ein Ja zur Initiative verhindert, dass sich die Nationalbank internationalem Druck beugt und Gold in Absprache mit dem Ausland verkauft.

Forderung Nr. 2: Unser Nationalbank-Gold gehört zurück in die Schweiz!

Viele Leute denken, es sei selbstverständlich, dass das eigene Gold im eigenen Land aufbewahrt wird. Das ist leider nicht so.

(1) Im Krisenfall wird das Gold kaum mehr zurückgegeben.

Alle Erfahrungen der Weltgeschichte zeigen, dass in einer wirklichen Krise Gold nicht mehr aus dem Ausland zurückgeholt werden kann respektive nicht mehr freiwillig zurückgegeben wird. Auch die Schweiz musste dies auf schmerzhafteste Weise erfahren, als ihr während des zweiten Weltkriegs der gesamte in den USA gelagerte Goldbestand beschlagnahmt wurde. Heute wird die Schweiz sogar in Friedenszeiten von den USA unter Druck gesetzt respektive gar erpresst. Und auch unsere befreundeten Nachbarn in Europa setzen uns zunehmend mit Drohungen unter Druck. Wer garantiert uns, dass das Ausland unser Gold herausgibt, wenn wirklich einmal eine extreme Krise ausbricht und eventuell Währungen zusammenkrachen?

(2) Interessanterweise wurde lange verschwiegen, ob Gold im Ausland liegt!

Das „Volksvermögen Gold“ wurde ab Mai 2000 nicht nur laufend verkauft, sondern Nationalbank und Bundesrat gaben zudem keine Auskunft, wo sich das noch verbleibende Gold befindet. Misstrauisch geworden, begannen Parlamentarier – von links bis rechts – Fragen zu stellen: Wo ist das Schweizer Gold eingelagert? Liegt es teilweise im Ausland? Ist es noch vorhanden?

Jede Antwort des Bundesrats musste noch misstrauischer machen, denn die Fragen wurden einfach nicht beantwortet. Berühmt wurde die Antwort von Bundesrat Kaspar Villiger im Nationalratssaal auf die Anfrage von Nationalrat Paul Günter (2003): *„Wo diese Goldbarren nun genau liegen, kann ich Ihnen leider nicht sagen, weil ich es auch nicht weiss, es nicht wissen muss und es nicht wissen will.“*

Nach Einreichung unserer Volksinitiative dauerte es keinen Monat, bis die Nationalbank – endlich nach so vielen Jahren – zum ersten Mal der Öffentlichkeit mitteilte, wo das Gold der Schweizer Nationalbank liegt. An einer Pressekonferenz wurde offen gelegt, rund 70 Prozent der insgesamt 1040 Tonnen Nationalbank-Gold lägen in der Schweiz, weitere 20 Prozent bei der Zentralbank von England und rund 10 Prozent bei der kanadischen Zentralbank. Interessanterweise wurde jedoch nicht beantwortet, wo dasjenige Gold gelagert gewesen war, welches ab 2001 von der Schweiz verkauft wurde oder vielleicht sogar absprachegemäss verkauft werden musste – und es wurde nicht mitgeteilt, an wen es verkauft wurde.

(3) Das Theater in Deutschland bezüglich „Heimholung“ des Goldes

Auch in Deutschland wurde eine Bewegung unter dem Motto »Holt unser Gold heim« gestartet (u.a. von der *Taxpayers Association of Europe (TAE)*, zu den Unterstützern zählt insbesondere der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler).

Fast zeitgleich mit der Schweizer Nationalbank schuf auch die Deutsche Bundesbank endlich beschränkte Transparenz und teilte mit, dass von ihren insgesamt 3.396 Ton-

nen Gold 45 Prozent bei der New Yorker Niederlassung der amerikanischen Notenbank Fed lagern, 31 Prozent beim Hauptsitz in Frankfurt, 13 Prozent in London und 11 Prozent in Paris. Und vor allem traf die Deutsche Bundesbank die überraschende Entscheidung, diejenigen 674 Tonnen Gold, die in New York und Paris gelagert sind, nach Deutschland zurückzuholen. Hellhörig machen musste allerdings, dass diese „Rückführ-Aktion“ acht Jahre dauern sollte. Und noch mehr Misstrauen rief hervor, dass bereits der erste jährliche Rücktransport (84 Tonnen) bei weitem nicht erreicht werden konnte und dass das Gold vor dem Rücktransport sogar umgeschmolzen werden musste. Die Gerüchte erhielten Auftrieb, das Gold sei gar nicht mehr vorhanden: Muss es von den Amerikanern vorerst wieder gekauft oder sogar neu aus dem Boden gefördert werden (diesbezüglich erweckte auch die statistische Bezeichnung „deep storage gold“ Misstrauen („tief gelagertes Gold“, heisst das, noch im Boden liegend“?).

Wie dem auch sei: Wenn man nicht einmal in der Lage oder nicht willens ist, einem Eigentümer (wie der Schweizer Nationalbank oder der Deutschen Bundesbank) die gelagerten Goldbarren – klar identifizierbar einem Land zugeordnet – zeigen zu können, so wirkt das eigenartig.

(4) Wo läge ein Grund, das Gold im Ausland zu lagern

In der Vergangenheit hat die Nationalbank geltend gemacht, mit der teilweisen Lagerung im Ausland soll eine angemessene regionale Diversifikation und ein guter Marktzugang sichergestellt werden. Das ist einerseits wenig überzeugend, denn was sollte der Lagerungsort mit dem Marktzugang zu tun haben? Vor allem aber braucht es andererseits – würde die vorliegende Initiative angenommen – schon deshalb keinen „Marktzugang“ mehr, weil das Gold gar nicht mehr verkauft werden dürfte.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang zudem, dass der Präsident des Direktoriums der Nationalbank bei der Gewährung von mehr Transparenz sagte, jeder im Ausland lagernde Barren der SNB sei „eindeutig identifizierbar“. Man kann nur hoffen, dass das stimmt. Stutzig machen muss jedoch, dass die ausländischen Zentralbanken in aller Regel keine externen Kontrollorgane haben und sich nicht von aussen prüfen lassen. In Deutschland wurde jedenfalls lauthals bemängelt, man habe in den USA den Deutschen sehr wohl Goldbarren gezeigt, die angeblich der Deutschen Bundesbank gehören, bei denen aber niemand prüfen könne, ob man anderen Eigentümern nicht dieselben Barren zeige.

Fazit Punkt 2:

Ein Ja zur Initiative zwingt die Nationalbank, das im Ausland lagernde Gold in die Schweiz zurückzuschaffen.

Forderung Nr. 3: Die Nationalbank muss 20% der Aktiven in Gold halten

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Schweizer Nationalbank wurde / wird durch die EU respektive die Europäische Zentralbank (EZB) dazu gezwungen, Hunderte Milliarden von Franken auf den Markt zu werfen (zu „drucken“). Will sie verhindern, dass – wenn die Verantwortlichen der EZB / EU den Euro weiterhin nach unten wirtschaften – der Schweizer Franken unkontrollierbar nach oben gedrückt wird, muss sie zwangsläufig im grossen Stil Euro kaufen. Die Freiheit, das zu tun, soll die Nationalbank zu 100 Prozent behalten. Nur soll sie – mit der vorliegenden Initiative – verpflichtet werden, in beschränkter Masse (auch) Gold zu kaufen, wenn sie sich der Politik der EZB unterwerfen und Geld drucken muss.

(1) Die Nationalbank behält all ihre Freiheiten

Bei einem „Ja“ zur Initiative würde die Nationalbank alle Freiheiten behalten; alle gegenteiligen Behauptungen sind nicht wahr. Die Nationalbank könnte nach wie vor innert kürzester Zeit Hunderte Milliarden von Franken „drucken“ und auf den Markt werfen, wie sie das in den letzten zwei Jahren getan hat (übrigens hat sie pro Kopf der Bevölkerung mehr als jede andere Zentralbank auf dieser Welt Geld „gedruckt“). Das Direktorium der Nationalbank (nur gerade drei Personen) behält sogar die Freiheit, eine Billion Franken oder mehr aus dem Ärmel zu schütteln (zu „drucken“). Die vorliegende Initiative verlangt nur, dass sie – wenn sie wegen dem ausländischen Druck – solche Summen „investiert“, wenigstens auch einen Teil in Gold anlegt.

Schon werden Stimmen laut, die klagen, das könnte den Preis des Goldes in die Höhe treiben. Na und? Würde unsere Nationalbank eine Politik betreiben, die sie zum Kauf zusätzlichen Goldes verpflichten würde und würde dadurch vielleicht (wegen der Schweizer Nachfrage) der Goldpreis steigen, so wären – logischerweise – umso schneller die 20 Prozent erreicht, welche die vorliegende Initiative vorschreibt.

(2) Die Unabhängigkeit der Nationalbank soll gewährleistet bleiben

Die Initianten – wie übrigens auch die SVP – haben immer die Position vertreten, die Nationalbank müsse unabhängig bleiben und dürfe nicht zum Spielball der Politik werden. An dieser Position ändert sich nichts. Um ihre verfassungsrechtliche Aufgabe zu erfüllen, muss die Nationalbank ohne Beeinflussung durch die Politik respektive ohne Beeinflussung durch die politischen Parteien agieren können. Es wäre nicht akzeptabel, wenn die Politik vorschreiben versuchte, wann bei welchem Wechselkurs die Nationalbank intervenieren muss (z.B. bei der Festlegung einer Untergrenze des Euro-Wechselkurses gegenüber dem Franken von Fr. 1.20, wie die Nationalbank dies getan hat). Ebenso wäre es z.B. unsinnig, wenn auf der politischen Bühne die Diskussionen / Streitereien losgehen würden, in welche Aktien die Nationalbank investieren solle (wie sie dies in jüngster Zeit vermehrt getan hat).

Etwas ganz Anderes ist es jedoch, wenn das Schweizer Volk mit einem „Ja“ zur Initiative die Nationalbank verpflichtet, immer einen Teil der Aktiven in Gold zu halten und ihr untersagt wird, Gold nur noch zur vernachlässigbaren Grösse „verkommen zu

lassen. Für die Stabilität und die Glaubwürdigkeit des Frankens ist es sehr sinnvoll, Hand in Hand mit einer Ausweitung der Geldmenge zu einem bestimmten Prozentsatz in Gold zu investieren, dies als Fundament eines sicheren Schweizer Frankens.

Zu beachten ist, dass es selbst nach einem „Ja“ zur Initiative möglich bleibt, dass unsere Nationalbank auf Druck aus dem Ausland ausländische Staatspapiere / Währungen kauft. Welche Währungen sie kauft, ob sie Staatspapiere kauft, ob und welche Aktien sie erwirbt. All diese Freiheiten behält sie. Die Initiative schreibt als Rahmenbedingung nur vor, dass 20% in Gold – als realer Wert – zu halten ist. Damit verliert die Nationalbank ihre Aktionsfreiheit nicht, sondern sie wird gegen ausländischen Druck gestärkt.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass mit den grosszügigen Frist von fünf Jahren in den Übergangsbestimmungen der Initiative der Nationalbank bei weitem genug Zeit und Flexibilität eingeräumt wird, um die Initiative problemlos umzusetzen.

(3) Auf wessen Wunsch finanzieren wir die Deutschen?

Die Nationalbank hat – seit die Europäische Zentralbank (EZB) die Geldmenge explodieren lässt – im Nachvollzug der EZK-Politik ihre Aktiven / ihre Bilanz um Hunderte Milliarden von Franken erhöht resp. erhöhen müssen. Da keine Transparenz geschaffen wird, ist nicht im Detail bekannt, wohin diese unvorstellbar hohen Summen hingeflossen sind. Klar ist jedoch, dass unsere Nationalbank in grossem Stil (auch) deutsche Staatspapiere gekauft hat. Dazu bemerkte der (soeben zurückgetretene) Nationalrat Hans Kaufmann – als vielleicht bester Finanz- und Währungsspezialist im Schweizer Parlament – in Anspielung an den berühmten Ausspruch des deutschen Kanzlerkandidaten Steinbrück (der die „Kavallerie“ gegen die Schweiz ausreiten lassen wollte): *„Man muss bekloppt sein, der grösste Gläubiger von Deutschland zu spielen, um das Ausreiten der Kavallerie gegen unser Land zu finanzieren“*. Wie viel deutsche Staatspapiere es auch sind: Es wird nie beantwortet werden sein, ob deren Kauf auf Anweisung aus dem Ausland hin erfolgte. Aber was auch immer die Hintergründe sind: Da auch die besten Experten der Welt die Zukunft des Euro nicht voraussagen können, liegt es so oder so im Interesse unseres Landes, neben Staatspapieren auch Gold zu kaufen.

(4) Die Ungeheuerlichkeit der heutigen internationalen Finanz Politik

Erst in jüngster Zeit beginnt die Welt – und die Ökonomen – zu realisieren, was der erwähnte Schritt der USA 1971 (Schliessung des „Goldfensters“ durch Präsident Nixon) letztlich bedeutet: Limitenlos können die Staaten Schulden erhöhen und – mit Hilfe ihrer Zentralbanken – diese durch beliebig viel neu gedrucktes Geld „decken“. Das kann nicht gut gehen.

Seit jeher galt: Der Staat treibt Steuern ein, womit die Staatsausgaben finanziert werden. In Kriegszeiten wurde diese Regel oft ausser Kraft gesetzt: Die kriegsführenden Staaten gaben für den Krieg unlimitiert Geld aus, das sie nicht hatten. Am Ende von Kriegen waren die Währungen regelmässig ruiniert (so auch nach den beiden Weltkriegen 1918 und 1945).

Seit Beginn der „Finanzkrise“ geschieht nun ökonomisch Einmaliges: Die Mächtigen der Welt missbrauchen die Zentralbanken auch in Friedenszeiten hemmungslos, die aus dem Nichts heraus Geld schaffen, um Staatsschulden zu decken: In den USA wird ein riesiger Teil des Budgets finanziert, indem die Zentralbank laufend US-Staatspapiere kauft („Fed“ kaufte zwischenzeitlich 85 Mrd. \$ pro Monat). In Europa treiben es die Verantwortlichen insofern noch bunter, als die bestehenden Gesetze einfach missachtet wurden und unvorstellbare Summen (mit „unlimitierten Rettungsschirmen“) ins System gepumpt werden. Alles spricht dafür, dass bezweckt wird, mit einem „Wettlauf der Währungen nach unten“ die Schulden via Inflation zum Verschwinden zu bringen, im wahrsten Sinne des Wortes „koste es, was es wolle“. Die Folgend sind erschreckend: Nicht nur Länder wie Griechenland und Spanien verarmen und versinken in der Arbeitslosigkeit. Auch in den „reichen Ländern“ bahnt sich eine Katastrophe an, indem der Mittelstand verarmt, der seine Ersparnisse und die Altersvorsorge zu verlieren droht.

(5) Die Schweizer Nationalbank macht mit!

Die Schweizer Nationalbank sah sich gezwungen, das Spiel der EU / EZB mit der Notenpresse mitzuspielen: Seit dem 6.9.2011 hat sie den Schweizer Franken „vorläufig“ an den Euro gebunden (vor allem zu Gunsten unserer Exportindustrie), indem sie für den Euro eine verbindliche Untergrenze von Fr. 1.20 garantiert hat. Mit gewaltigen Folgen: Innert kürzester Zeit hat unsere Nationalbank dazu Hunderte Milliarden von Franken auf den Markt werfen („drucken“) müssen und sie hat damit – unter anderem – in grossem Stil Euro (und damit vor allem) deutsche Staatspapiere gekauft.

Je „unlimitierter“ (das heisst je hemmungsloser und je unverantwortlicher) die Exponenten der EU respektive der Europäischen Zentralbank unvorstellbare Milliarden-Summen ins System pumpen, desto unlimitierter wird unsere Nationalbank dazu gezwungen, ihre Bilanz aufzublähen („zu verlängern“) und unzählige Milliarden Franken aus dem Ärmel zu schütteln (in einem einzigen Monat 80 Milliarden Franken!). Das heisst im Klartext, dass wir nach der Pfeife der EU-Währungsbehörden / der EZB tanzen. Dagegen können wir uns vielleicht nicht wehren, aber wir können – via Golderwerb – wenigstens dafür sorgen, dass dabei der Schweizer Franken nicht – Hand in Hand mit dem Euro – ruiniert wird.

(6) Versicherungspolice Gold

Wer Geld druckt, ohne dass er entsprechende Absicherungen in Form von Gold besitzt, schafft eine Papierwährung, die jederzeit ins Bodenlose fallen kann. Die Geschichte ist voll von solchen Beispielen. Wenn die Schweizer Nationalbank wieder vermehrt auf Gold setzt, ist das die beste Absicherung gegen einen Währungszerfall. Aller Voraussicht nach genügt bereits das Wissen und die Überzeugung, dass die Schweiz ausreichend Gold besitzt, dass verhindert werden kann, dass der Franken je in Schwierigkeiten kommt. Wenn Goldreserven in der Schweiz bleiben respektive mit Hilfe der vorliegenden Initiative wieder neu aufgebaut werden, so bietet dies übrigens auch die beste Voraussetzung, um langfristig sicherzustellen, dass der Finanzplatz Schweiz nicht untergeht. Ein Land wie Russland – welches nota bene zur Zeit Gold

kauft – verfügt über Rohstoffe, die dem Land eine gewisse Sicherheit und Unabhängigkeit gewährleisten. Für die rohstofflose Schweiz ist es umso wichtiger, Gold zu haben, das über Jahrtausende hinweg bewiesen hat, dass es die beste Absicherung darstellt, die eine Währung haben kann

Fazit Punkt 3:

Ein Ja zur Initiative hindert die Nationalbank in keiner Art und Weise, die Politik zu betreiben, die ihr beliebt. Sie kann sogar weiterhin nach Belieben die Notenpresse weiter laufen lassen. Die Initiative verpflichtet sie nur, die dadurch erhöhte Geldmenge zu einem gewissen Grad wieder mit Gold abzudecken. Das kann die Nationalbank problemlos tun; es sei denn, sie habe sich auf internationaler Ebene zum Gegenteil verpflichtet.

IV. Schlussbemerkungen / Zusammenfassung

In dem 1944 etablierten System von Bretton Woods waren alle wichtigsten Währungen zu einem bestimmten Kurs an den US-Dollar gebunden, und die US-Notenbank war verpflichtet, Dollar in Gold umzutauschen. Inzwischen hat die „Notenpresse“ Bretton Woods abgelöst“. Wie gefährlich diese Entwicklung ist, hat sich in den letzten Jahren gezeigt. Die Schweizer Nationalbank ist voll in diese internationale Entwicklung eingebunden worden, womit die Stabilität des Schweizer Frankens gefährdet ist.

Wer unlimitiert Geld druckt, ohne dass die erhöhte Geldmenge mit Sicherheiten unterlegt ist, gefährdet die eigene Währung und die Preisstabilität. Unsere Nationalbank wurde vom Ausland gezwungen, die Notenpresse anzuwerfen. Möglich ist, dass die Schritte unserer Nationalbank mit den ausländischen Zentralbanken abgekartet sind / waren und dass unsere Nationalbank zum Handlanger für das Ausland wird / geworden ist, auch wenn dies die Verantwortlichen unserer Nationalbank nie werden zugeben können. Weshalb die Nationalbank bereits mehr als die Hälfte ihres Goldes verkauft hat, wird wohl immer im Dunkeln bleiben.

Nur ein solid mit Gold abgesicherter Franken gewährt in diesen Zeiten ausreichenden Schutz gegen einen Währungszerfall und garantiert eine gesunde Währung. Nur mit einer unabhängigen Nationalbank bzw. einer unabhängigen Währung können Selbständigkeit und Wohlstand gesichert bleiben. Je grösser die Goldreserven, desto unabhängiger bleibt die Nationalbank und desto weniger kann sie von aussen unter Druck gesetzt werden. Die Initiative „Rettet unser Schweizer Gold“ stärkt somit nicht nur die Unabhängigkeit der Nationalbank, sondern die Schweiz insgesamt.

Man braucht nicht Ökonom zu sein, um voraussagen zu können, dass Gold auch in zwanzig, fünfzig oder hundert Jahren im wahrsten Sinne Gold Wert sein wird. Was aber Papiergeld-Währungen wie der Dollar oder der Euro Wert sein werden, weiss kein Mensch, auch weltbeste Experten nicht! Das spricht für ein „Ja“ zur Initiative!

Baden, den 2.5.2014

Nationalrat Luzi Stamm